



Detailansicht des Registereintrags

IHK Nord | Arbeitsgemeinschaft Norddeutscher Industrie- und Handelskammern e.V.

Stand vom 23.06.2025 16:08:31 bis 15.08.2025 11:02:51

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R004139
Ersteintrag:	11.04.2022
Letzte Änderung:	23.06.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	23.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein
Kontaktdaten:	<p>Adresse: Adolpfsplatz 1 20457 Hamburg Deutschland</p> <p>Telefonnummer: +494036138385 E-Mail-Adressen: info@ihk-nord.de Webseiten: https://www.ihk-nord.de/</p>

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge, Sonstiges

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

970.001 bis 980.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

7,25

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. Dr. Malte Heyne

Funktion: Vorstand

2. Torsten Haasch

Funktion: Vorstand

3. Lars Schöning

Funktion: Vorstand

4. Alexander Anders

Funktion: Geschäftsführer

5. Björn Ipsen

Funktion: Hauptgeschäftsführer

6. Knud Hansen

Funktion: Stellv. Vorsitzender der IHK Schleswig-Holstein

7. Franziska Leupelt

Funktion: Stellv. Vorsitzende IHK Schleswig-Holstein

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (7):

1. Lisa Marie Mock

2. Julia Braun

3. Frank Zühlke

4. Franziska Wille

5. Anna-Louise Schröder

6. Patricia Schlimbach

7. Alexander Anders

Gesamtzahl der Mitglieder:

13 Mitglieder am 03.05.2024, ausschließlich juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (2):

1. Initiative Kiel-Canal e.V.

2. Maritimes Hauptstadtforum (MHF)

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (24):

Außenwirtschaft; Allgemeine Energiepolitik; Energienetze; Erneuerbare Energien; Sonstiges im Bereich "Energie"; EU-Binnenmarkt; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union"; Lebens- und Genussmittelindustrie; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Tourismus; Klimaschutz; Güterverkehr; Personenverkehr; Schienenverkehr; Schifffahrt; Straßenverkehr; Verkehrsinfrastruktur; Verkehrspolitik; Sonstiges im Bereich "Verkehr"; Verteidigungspolitik; Handel und Dienstleistungen; Industriepolitik; Wettbewerbsrecht

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Die IHK Nord ist ein Zusammenschluss von 13 Industrie- und Handelskammern aus den fünf norddeutschen Bundesländern Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein und vertritt die Interessen der gewerblichen Wirtschaft Norddeutschlands. Ihre Arbeit konzentriert sich auf die folgenden fünf norddeutschen Schwerpunktthemen: Maritime Wirtschaft mit dem Schwerpunkt Infrastruktur und Seeverkehr, Energie- und Industriepolitik, Tourismus, Ernährungswirtschaft, Außenwirtschaftsstandort. Die Stärkung des norddeutschen Wirtschaftsraums ist das übergeordnete Ziel der IHK Nord. Es werden gemeinsame Positionen und Aktivitäten im Interesse der norddeutschen Unternehmen erarbeitet und auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene gegenüber Politik, anderen Verbänden und den Medien kommuniziert. Dabei wird das gesamte Spektrum zeitgemäßer politischer Kommunikation genutzt: aktive Öffentlichkeitsarbeit, Parlamentarische Abende, Veröffentlichung von Stellungnahmen und Studien sowie das Angebot von Netzwerkveranstaltungen für norddeutsche Abgeordnete in Berlin und Brüssel. Folgende regelmäßige Veranstaltungsformate bietet die IHK Nord zum Austausch mit der Politik an:

- Nordic Talking in Berlin
- Nordic Breakfast und Nordic Network in Brüssel
- Jährliche Norddeutsche Tourismuskonferenz
- Jährliche Politikgespräche anlässlich der Grünen Woche in Berlin
- Delegationsreisen

Konkrete Regelungsvorhaben (9)

1. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes (CCS/U)

Beschreibung:

Übergeordnetes Ziel ist der Aufbau einer CO2-Infrastruktur, die für Norddeutschland von hohem Interesse ist. Es werden vorrangig allgemein Technologieoffenheit (Wirtschaftlichkeit) und die Schaffung einheitlicher Regularien in der EU gefordert. Zudem sind zwei konkrete Forderungen zum einen die Forderung nach einer Opt-In-Regelung, die es einzelnen Bundesländern ermöglichen würde, die Onshore-Speicherung zu erlauben (wie im Gesetzesentwurf bereits vorgesehen) und die Forderung nach der Erhebung des

Infrastrukturausbau in Bezug auf CO2 in den Rang des überragenden öffentlichen Interesses.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 266/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kohlendioxid-Speicherungsgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Betroffenes geltendes Recht:

KSpG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Klimaschutz [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Energie" [alle RV hierzu]

2. Entwurf eines Wasserstoffbeschleunigungsgesetzes

Beschreibung:

Allgemein werden die Beschleunigung des Aufbaus einer Wasserstoffinfrastruktur und der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft gefordert, die für den Standort Norddeutschland von besonders hohem Interesse sind. In dem Zusammenhang wird auch die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für den Netzausbau durch vereinfachte Prozessabläufe und Digitalisierung gefordert.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 265/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Beschleunigung der Verfügbarkeit von Wasserstoff und zur Änderung weiterer rechtlicher Rahmenbedingungen für den Wasserstoffhochlauf sowie zur Änderung weiterer energierechtlicher Vorschriften

Zuständiges Ministerium: BMWK (20. WP) [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]

3. Reform der Erhebung der Einfuhrumsatzsteuer

Beschreibung:

„Bei der Einfuhr von Gütern nach Deutschland verursacht das in Deutschland aktuell angewandte Verfahren zur Erhebung der Einfuhrumsatzsteuer eine unnötige Bindung von Liquidität und damit erhöhte Kosten für Importeure, die in den EU-Nachbarstaaten nicht anfallen. Nur durch ein Verrechnungsmodell können Kosten für Wirtschaft und Verwaltung weiter gesenkt und der Anreiz für Importeure gestärkt werden, Seehäfen und Flughäfen in Deutschland zu nutzen. Logistikzentren sowie Niederlassungen von Dienstleistern und weiterverarbeitenden Unternehmen würde das Verrechnungsmodell neue Anreize bieten, sich verstärkt in Deutschland anzusiedeln. Mit dem Verrechnungsmodell können zudem Einnahmen der öffentlichen Hand und die ökologische Bilanz von Güterströmen verbessert werden.“ (ZDS, 2024)

Betroffenes geltendes Recht:

UStG 1980 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; Güterverkehr [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Schifffahrt [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2407190013](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.07.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium der Finanzen (BMF) [alle SG dorthin]

4. Anhebung des Hafenlastenausgleichs**Beschreibung:**

Erhöhung der finanziellen Beiträge des Bundes für den Betrieb der deutschen Seehäfen

Betroffenes geltendes Recht:

BFInHBRuaG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Schifffahrt [alle RV hierzu]

5. Praxistaugliche Umsetzung der EU-Verordnung 2023/1115 für entwaldungsfreie Lieferketten (EUDR)**Beschreibung:**

Grundsätzlich sieht sich die europäische Wirtschaft und insbesondere die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) derzeit einer Vielzahl von neuen regulatorischen Herausforderungen gegenüber. Regulierungen, die europäische Wirtschaftsstandorte im internationalen Wettbewerb potenziell benachteiligen, sollten nur den unbedingt notwendigen Umfang haben und müssen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit genügen. Der derzeitige Rechtstext der EUDR hält diesen Anforderungen aus Sicht der norddeutschen Wirtschaft nicht Stand. Dies kann nicht im Sinne des Verordnungsgebers sein und ist zu korrigieren.

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Europapolitik und Europäische Union" [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Wettbewerbsrecht [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2409230016](#) (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.09.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) (20.

WP) [alle SG dorthin]

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.

WP) [alle SG dorthin]

6. Forderungen der norddeutschen Wirtschaft an die neue Bundesregierung**Beschreibung:**

Zur Bundestagswahl 2025 fordert die norddeutsche Wirtschaft von der künftigen Bundesregierung klare wirtschaftspolitische Weichenstellungen. Dazu gehören eine konsequente Entbürokratisierung, eine verlässliche Energie- und Industriepolitik sowie Investitionen in Infrastruktur. In den zentralen norddeutschen Wirtschaftsbereichen wie der maritimen Wirtschaft, dem Energiesektor, der Außenwirtschaft, dem Tourismus und der Ernährungswirtschaft muss der Staat Rahmenbedingungen schaffen, die Wachstum ermöglichen, statt es zu behindern. Die nächste Bundesregierung steht in der Verantwortung, durch kluge wirtschaftspolitische Entscheidungen die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland nachhaltig zu sichern.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]; Lebens- und Genussmittelindustrie [alle RV hierzu]; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben [alle RV hierzu]; Schifffahrt [alle RV hierzu]; Tourismus [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

7. Erhöhung des Hafenlastenausgleichs und Realisierung der Ahrensburger Liste**Beschreibung:**

Die IHK Nord fordert eine Berücksichtigung der Erhöhung des Hafenlastenausgleichs auf 500 Mio. Euro mit automatischer Inflationsanpassung sowie eine Berücksichtigung der vollständigen Realisierung der Projekte der Ahrensburger Liste im Rahmen der Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene.

Betroffenes geltendes Recht:

BFInHBRuaG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Güterverkehr [alle RV hierzu]; Personenverkehr [alle RV hierzu]; Schienenverkehr [alle RV hierzu]; Schifffahrt [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Verkehr" [alle RV hierzu]; Straßenverkehr [alle RV hierzu]; Verkehrsinfrastruktur [alle RV hierzu]; Verkehrspolitik [alle RV hierzu]

8. Aufhebung des LkSG, maßvolle Umsetzung der CSDDD, Senkung der Energiepreise**Beschreibung:**

Die IHK Nord fordert von der neuen Bundesregierung insbesondere die Aufhebung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) und die maßvolle Umsetzung der Europäischen Lieferkettenrichtlinie (CSDDD). Zudem fordert sie eine Senkung der Energiepreise mit Fokus auf die Senkung der Netzentgelte für grünen Strom.

Betroffenes geltendes Recht:

LkSG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]; Energienetze [alle RV hierzu]; Erneuerbare Energien [alle RV hierzu]; Handel und Dienstleistungen [alle RV hierzu]; Industriepolitik [alle RV hierzu]

9. Überarbeitung Kraftwerksstrategie (Kraftwerkskapazitäten, "Südbonus")

Beschreibung:

Die IHK Nord betrachtet die in den Konsultationsdokumenten zur Umsetzung der Kraftwerksstrategie vorgesehene bevorzugte Behandlung des netztechnischen Südens, den sog. "Südbonus", als eine unverhältnismäßige Benachteiligung der norddeutschen Bundesländer. Demnach sollten zwei Drittel der bezuschlagten Anlagen im netztechnischen Süden Deutschlands errichtet werden. Eine solche Konzentration der Fördermittel würde zu einer einseitigen Verteilung der Investitionen führen und die wirtschaftliche Entwicklung des Nordens benachteiligen. Der dringende Bedarf an neuen Kraftwerken und Speicherkapazitäten auch in Norddeutschland muss bei der geplanten Überarbeitung der Kraftwerksstrategie berücksichtigt werden.

Interessenbereiche:

Allgemeine Energiepolitik [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

910.001 bis 920.000 Euro

Beitragszahler mit mehr als 10.000 Euro und mehr als 10% der Gesamtsumme (2):

1. Handelskammer Hamburg
2. Industrie- und Handelskammer Hannover

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

[IHK-Nord-Jahresabschluss2024_Register.pdf](#)